

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Was wir hier erleben, ist die Geburtsstunde des freien und einigen Deutschland

Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Lothar de Maizière haben die Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen Bonn und Ost-Berlin als entscheidenden Schritt zur deutschen Einheit bezeichnet.

Helmut Kohl bei der Unterzeichnungszeremonie im Palais Schaumburg am 18. Mai in Bonn: Was wir hier erleben, ist die Geburtsstunde des freien und einigen Deutschland.

Lothar de Maizière: Was wir heute tun, ist ein entscheidender Schritt auf unser Ziel hin: in Freiheit die Einheit Deutschlands in einer europäischen Friedensordnung zu vollenden. Hier haben nicht fremde Staaten miteinander verhandelt, sondern Landsleute und Freunde, die sich nicht länger entfremden lassen wollen. (Seiten 2 bis 16)



Im Beisein von Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Lothar de Maizière setzten die Finanzminister Theo Waigel und Walter Romberg am 18. Mai 1990 in Bonn ihre Unterschriften unter den Staatsvertrag.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Dies ist eine historische Stunde im Leben der deutschen Nation

Wir sind zusammengekommen, um nach 45 Jahren der schmerzlichen Teilung ein Vertragswerk zu unterzeichnen, mit dem wir den ersten bedeutsamen Schritt zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands vollenden. Es ist eine glückliche Stunde, in der sich Hoffnung und Sehnsucht der Menschen in Deutschland erfüllen. Nach Jahrzehnten beginnt ein Traum Wirklichkeit zu werden: der Traum von der Einheit Deutschlands und Europas.

Die Menschen in der DDR haben in einer friedlichen Revolution im letzten Herbst mit der Kraft ihrer Freiheitsliebe die Ketten des Unrechtsregimes gesprengt. Wir sind mit ihnen stolz und glücklich über das Gelingen dieser Revolution und schulden den Hunderttausenden Dank, die durch ihren Mut in großer Bedrängnis diese Veränderungen durchgesetzt haben.

Mit dieser Revolution ging eine Phase in der deutschen Geschichte zu Ende, die vielen Menschen Leid, Elend und Verzweiflung gebracht, manchen das Leben gekostet hat.

Es ging eine Zeit zu Ende, in der Menschen mitten in Deutschland in den Lagern des Stalinismus, in Gefängnissen und Zuchthäusern gequält und umgebracht wurden — oder bei dem Versuch, Mauer und Stacheldraht zu überwinden, ihr Leben verloren.

Sie wollten, wie die Opfer des 17. Juni

1953, in Freiheit ein menschenwürdiges Leben führen. Sie kämpften für die Wahrheit und wollten frei sein von der Lüge, von der Unterdrückung durch ein Regime, das ihnen von außen aufgezwungen war. Sie haben ihr Leben gegeben für unser kostbares Gut, für die Freiheit.

Wir dürfen ihr Schicksal nie vergessen, verdrängen oder verharmlosen. Die Verbrechen, die — auch nach dem Zweiten Weltkrieg — in Deutschland an Deutschen begangen wurden, sind für uns alle eine Mahnung und dürfen sich nie mehr wiederholen.

Die Unterzeichnung des Staatsvertrages ist ein denkwürdiges Ereignis für alle Deutschen und Europäer. Was wir hier erleben, ist die Geburtsstunde des freien

Ansprache von Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in Bonn am 18. Mai 1990

und einigen Deutschland: vor den Augen der Welt bekunden die Vertreter der frei gewählten Regierungen beider Teile Deutschlands ihren Willen, als ein Volk, als eine Nation gemeinsam ihre Zukunft in einem freiheitlichen und demokratischen Staat zu gestalten.

Mit diesem historischen Tag der Unterzeichnung des Vertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion beginnt auch ein neuer Abschnitt der europäischen Geschichte. Wir stellen uns damit gleichzeitig einer großen Gestaltungsaufgabe. Ihr Gelingen ist weit über die Grenzen Deutschlands hinaus von größter Bedeutung für die Zukunft ganz Europas.

Wir haben uns mit dem Übergang von der sozialistischen Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft in der DDR wahrlich keine leichte Aufgabe gestellt. Wir betreten in vieler Hinsicht Neuland und mußten als gleichberechtigte Partner nach Lösungen suchen für eine Fülle von neuen Problemen, ja einer bisher beispiellosen Herausforderung begegnen.

Ich möchte den beiden Verhandlungsdelegationen und ihren Leitern, Herrn Staatssekretär Günther Krause und Herrn Hans Tietmeyer, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, sowie allen anderen Beteiligten ganz herzlich für die engagierte Arbeit danken, die sie in den letzten Wochen unermüdlich geleistet haben. Ohne ihre hervorragende Sachkunde, ihren großen persönlichen Einsatz und ihr vom Geist wahrer Partnerschaft getragenes Zusammenwirken hätte dieses Vertragswerk nicht entstehen können. Wir alle können mit dem Ergebnis zufrieden sein.

Der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bedeutet einen ersten entscheidenden Schritt auf dem Weg

zur Einheit. Für die Menschen in Deutschland wird damit — in wichtigen Bereichen ihres täglichen Lebens — die Einheit erlebbare Wirklichkeit.

Unseren Landsleuten in der DDR eröffnet sich — nach einer sicherlich nicht einfachen Zeit des Übergangs — die Chance auf eine rasche, durchgreifende Besserung ihrer Lebensbedingungen. Auch in diesem Sinne ist der heutige Tag für sie ein Tag der Hoffnung und der Freude.

Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages verbindet sich gleichzeitig noch eine andere Botschaft: Es ist ein starkes Zeichen der Solidarität unter den Deutschen: Die Geschicke der Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR werden dadurch unauflöslich miteinander verwoben. Von nun ab ist klar: Wir gehen in eine gemeinsame Zukunft, in einem vereinten und freien Deutschland.

. . . aber das Ziel lohnt die Anstrengungen

Nationale Solidarität wird auch in Zukunft gefordert sein. Ich bin sicher, daß Bund und Länder mit ihrer Einigung über den Fonds zur Finanzierung der deutschen Vereinigung eine gute Lösung gefunden haben.

Ich bin mir bewußt, daß der Weg schwierig sein wird — aber das Ziel lohnt die Anstrengungen. Die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden — das ist ein großartiges Werk, an dem alle mitarbeiten müssen. Ich weiß, daß sich in diesen Tagen hüben wie drüben viele Menschen fragen, was dieser beispiellose Vorgang für sie ganz persönlich bedeutet — für ihren Arbeitsplatz, ihre soziale Sicherheit, für ihre Familien. Ich habe Verständnis für solche Sorgen. Doch meine Landsleute in der Bundesrepublik möchte ich

fragen: Wann je waren wir wirtschaftlich besser gewappnet für diese nationale Gemeinschaftsaufgabe der deutschen Einheit als heute?

Und meinen Landsleuten in der DDR rufe ich zu: Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft bietet Ihnen alle Chancen, ja die Gewähr dafür, daß Mecklenburg/Vorpommern und Sachsen-Anhalt, daß Brandenburg, Sachsen und Thüringen bald wieder blühende Landschaften in Deutschland sein werden, in denen es sich für jeden zu leben und zu arbeiten lohnt.

Wir Deutschen müssen jetzt zusammenstehen und mit Zuversicht eine gemeinsame Zukunft gestalten. Ich bitte deshalb die Menschen in der Bundesrepublik, auch weiterhin Solidarität mit unseren Landsleuten in der DDR zu zeigen. Bleiben wir uns stets bewußt, daß den Menschen in der DDR vierzig Jahre lang gewaltsam verwehrt wurde, so zu leben wie die Deutschen in der Bundesrepublik.

Auch an die Menschen in der DDR habe ich eine Bitte: Denken Sie daran, daß der

Wohlstand in der Bundesrepublik hart erarbeitet werden mußte. Millionen von Menschen haben über viele Jahre hinweg durch ihren Fleiß und ihre Leistungsbeurteilung dazu beigetragen. Nichts wurde ihnen geschenkt.

Auch in der DDR geht es jetzt nicht um Geschenke, es geht um Hilfe zur Selbsthilfe. Dabei dürfen wir einander nicht überfordern. Und es darf auf dem Weg zur Einheit auch niemand auf der Strecke bleiben. Die Menschen in Ost und West können sich darauf verlassen. Niemandem werden unbillige Härten zugemutet. Zur Vereinigung Deutschlands gehört auch, daß die Menschen in gegenseitigem Verständnis zusammenfinden. Dabei hat jeder etwas einzubringen: Die Deutschen in der Bundesrepublik außer ihrer harten Währung und ihrer erfolgreichen Wirtschaftsordnung eben auch noch anderes: vor allem eine bewährte freiheitliche Verfassung und die Ideale einer Demokratie, mit der wir vierzig Jahre Erfahrungen sammeln durften.

Die DDR wiederum bringt den Fleiß, die Ideen und die Hoffnungen ihrer Men-

Helmut Kohl an Papst Johannes Paul II.: Glückwünsche zum 70. Geburtstag

Bundeskanzler Helmut Kohl hat an Papst Johannes Paul II. zu dessen 70. Geburtstag folgendes Glückwunschsreiben gesandt:

Zu Ihrem 70. Geburtstag sende ich Ihnen meine herzlichen Glückwünsche.

Mit hohem Respekt und großer Dankbarkeit verfolge ich Ihr Engagement für die personale Würde und die unveräußerlichen Rechte des Men-

schen, für den Frieden und für die Solidarität mit den Schwachen bei uns und in der Dritten Welt.

Zu dem demokratischen und freiheitlichen Aufbruch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa haben Sie persönlich maßgeblich beigetragen.

Vielen Menschen geben Sie geistige Orientierung.

Möge Gott Ihnen auch weiterhin Kraft und Gesundheit schenken.

schen ein, nicht zuletzt auch das Selbstbewußtsein jener, die sich in einer friedlichen Revolution mutig gegen eine Diktatur durchgesetzt haben. Und vielleicht können unsere Landsleute aus der DDR mit ihrem unverstellten Sinn für den Wert der Freiheit auch dem einen oder anderen bei uns den Blick dafür schärfen, welch kostbares Gut das ist: eine deutsche Demokratie in einem einigen Vaterland.

Deutschland wächst weiter zusammen. Die staatliche Einheit ist nähergerückt — und es gilt jetzt, sie bald zu vollenden. Damit erfüllen wir die Sehnsucht der Menschen in Deutschland. Sie haben nie aufgehört, an die Einheit zu glauben — und sie waren sich stets bewußt, daß Einheit mehr bedeutet, als sich im Wort von der „Kulturnation“ widerspiegelt. In diesen fünfundvierzig Jahren blieb der Wunsch nach staatlicher Einheit in den Herzen der Deutschen verankert. Jetzt kann er Wirklichkeit werden.

Am Ende dieses Jahrhunderts, das so viel Leid über die Menschen gebracht hat, bietet sich uns Deutschen eine einzigartige Chance — die Chance, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“ und „in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. So lautet der Auftrag des Grundgesetzes. Das erwarten auch unsere Nachbarn von uns. Wir wollen deutsche Europäer sein und europäische Deutsche.

Nutzen wir diese Chance, stellen wir uns unserer Pflicht. Ich rufe die Deutschen in Ost und West dazu auf: Schaffen wir das vereinte Deutschland in einem vereinten Europa. Gehen wir gemeinsam in eine glücklichere Zukunft — für alle Deutschen. Der heutige Tag ist ein Markstein auf diesem Weg.

Ein Meilenstein auf dem Weg zur staatlichen Einheit

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Heinz Hornhues, zur Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR:

Den Regierungen unter Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Lothar de Maizière gebührt unser Dank für den Abschluß des Staatsvertrages zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Dies ist ein Meilenstein auf dem Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands.

Das Verhalten der SPD ist dieser historischen Stunde nicht angemessen. Zur gleichen Zeit, in der die Ost-SPD den Staatsvertrag lobt und Bundesfinanzminister Waigel mit seinem sozialdemokratischen DDR-Kollegen Romberg diesen Vertrag unterzeichnet, erklärt SPD-Chef Vogel, die SPD habe noch nicht über den Staatsvertrag entschieden und SPD-Vize Ehmke empfiehlt seiner Fraktion gar eine Ablehnung.

Während die Ost-SPD in der Regierung de Maizière konstruktiv am Staatsvertrag mitarbeitet, übt sich die West-SPD in destruktiver Politik.

Zunächst wollten die Sozialdemokraten die Wiedervereinigung zu den Akten legen, und jetzt, wo die Einheit nicht mehr zu verhindern ist, versuchen sie, diese auf allen Ebenen zu blockieren.

Wenn die SPD so weitermacht, wird sie eines Tages vor der Geschichte als „Partei der Einheitsgegner“ dastehen.

Ministerpräsident Lothar de Maizière:

Wir stehen vor einer wirklich großen und einmaligen Chance

Dies ist heute für uns ein wichtiger Tag. Es beginnt die tatsächliche Verwirklichung der Einheit Deutschlands. Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion macht den Einigungsprozeß unumkehrbar. Was wir heute tun, ist ein entscheidender Schritt auf unser Ziel hin: in Freiheit die Einheit Deutschlands in einer europäischen Friedensordnung zu vollenden.

Der Staatsvertrag ist ein Vertrag zwischen den beiden Regierungen in Deutschland. Seiner Substanz nach zeigt er, daß beide Regierungen gewillt sind, den Prozeß der Einigung nicht von oben zu gestalten. Das Zusammenwachsen des geteilten Deutschland beginnt vielmehr bei den Menschen und ihren Lebensverhältnissen. Für uns waren bei den Gesprächen und Verhandlungen der letzten Wochen die Interessen der Menschen in beiden deutschen Staaten der Maßstab des Handelns.

Der Geist, in dem dieser Vertrag zustandekam, entspricht den Zielen und Wünschen der Menschen in der DDR nach Freiheit, nach Wohlstand und nach sozialer Gerechtigkeit. Hier haben nicht fremde Staaten miteinander verhandelt, sondern Landsleute und Freunde, die sich nicht länger entfremden lassen wollen.

Seit der Regierungserklärung vor einem Monat wurde mit Hochdruck Tag und Nacht an diesem Vertrag gearbeitet. Mein Dank gilt den Hunderten von Mitarbei-

tern, die diese Arbeit geleistet haben. Der Vertrag ist ein großes Werk. Stellvertretend möchte ich den beiden Delegationsleitern, Herrn Tietmeyer und Herrn Dr. Krause, diesen Dank persönlich aussprechen. Gleichzeitig bedanke ich mich bei allen ihren Mitarbeitern.

Dieser Vertrag ist ein Kompromiß. Aber er ist nicht das Ergebnis eines Feilschens um Vorteile, sondern ein gutes und ausgewogenes Gesamtwerk. Er ist ein solides Kursbuch zur Einführung einer ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft.

Ich wende mich in dieser Stunde zunächst an die Bürgerinnen und Bürger in der DDR:

Erklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Lothar de Maizière, anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik am 18. Mai 1990

Die Einführung der D-Mark, die Einführung der dynamischen Rente und einer Arbeitslosenversicherung sowie die Hilfen für den Staatshaushalt der DDR sind eine großzügige politische Geste der Bundesrepublik Deutschland. Niemand soll vergessen, was die Mark der DDR heute auf einem freien Markt wirklich wert wäre. Und niemand soll sich über die tiefe Krise der DDR-Wirtschaft Illusionen machen. Wir konnten und können nicht so weitermachen wie bisher. Nicht alle Blühträume, die manche mit dem Staatsvertrag verbunden haben, konnten in Erfüllung gehen. Aber niemandem wird es schlechter gehen als bisher. Im Gegenteil. Welches Land bekommt eine solch gute Startposition wie wir mit diesem Vertrag?

Jetzt sind wir in der DDR am Zuge, das Beste daraus zu machen. Ausgehend von einem realistischen Bild der Lage müssen wir mit einem neuen Gründergeist, mit Engagement, mit Zuversicht und mit dem Vertrauen in die eigene Kraft an die Arbeit gehen. Dabei werden wir die soziale Gerechtigkeit nie aus den Augen verlieren. In unserem sozialen Engagement lassen wir uns so schnell von niemandem übertreffen.

Den Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland möchte ich sagen: Meine Regierung trägt Verantwortung zuerst für die Deutschen in der DDR und deren Interessen. Das entspricht dem Wählerauftrag in unserer neu gewonnenen Demokratie.

Zugleich aber stehen wir mit der Bundesregierung in einer gemeinsamen Verantwortung für eine ungeteilte Zukunft. Die Stabilität der D-Mark und die Wahrung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in der Bundesrepublik und in der DDR, also in dem neuen gemeinsamen Wirtschaftsraum, sind auch unser Ziel in der DDR. Ich sage zu, daß wir nach Kräf-

ten dafür sorgen werden, daß die Mittel aus der Bundesrepublik Deutschland bei uns gut angelegt werden. Ihre Hilfe aus dem Westen verstehen wir als Hilfe zur Selbsthilfe. Auf Dauer wollen wir nichts geschenkt haben. Wir wollen unsere Zukunft selbst erarbeiten.

Angesichts der Größe des Vorhabens einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ist es natürlich, daß es in beiden Staaten in Deutschland Diskussionen gibt. Ich finde nur erstaunlich, daß es in Deutschland mancherorts mehr Sorgen gibt als Hoffnungen. Bei uns werden zu viele vor dem unbestrittenen Berg von Problemen, den wir vor uns haben, kleinmütig.

Vielleicht sollten wir Deutschen auch in dieser Frage nicht zu sehr auf uns selbst bezogen sein, sondern nach Europa schauen. Ich bin davon überzeugt, daß im Ergebnis des Einigungsprozesses kein Deutscher ärmer wird, sondern daß es uns allen gemeinsam besser gehen wird. Und dies nicht zu Lasten Europas, sondern zum Nutzen einer gesamteuropäischen Entwicklung in Frieden, Freiheit, Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit.

Die Einheit Deutschlands sollte daher nicht in einem neidischen Gegeneinander, sondern in einem fruchtbaren Miteinander wachsen. Wir und Ihr, Hüben und Drüben, Wessis und Ossis —, diese und ähnliche Vokabeln sollten bald aus dem Sprachgebrauch verschwinden.

Die Regierung der DDR wird diesen Vertrag nun der frei gewählten Volkskammer vorlegen. Ich unterstreiche dabei unseren festen Willen, daß der Zeitplan mit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 2. Juli 1990 eingehalten wird.

Das Ergebnis der Verhandlungen zum Staatsvertrag ist mutig, einmalig und hoffnungstiftend. ▶

Es ist mutig, weil in nur vier Wochen nach 40 Jahren sozialistischer Planwirtschaft dieser Vertrag ausgehandelt wurde, der alle Deutschen in der DDR unmittelbar in ihrer Existenz und für ihre Zukunft betrifft.

Es ist einmalig, weil es diese Art der Umstellung einer Kommandowirtschaft auf eine soziale Marktwirtschaft an einem Stichtag noch niemals gegeben hat. Und es ist hoffnungstiftend. Wir werden es schaffen, weil beide Seiten zum Erfolg verpflichtet, ja geradezu verurteilt sind.

Wir stehen vor einer wirklich großen und einmaligen Chance. Die Geschichte bietet ihre guten Chancen in der Regel nicht mehrfach an. Wir wollen die Chance zu Freiheit, Frieden und sozialer Gerechtigkeit im Dienste Europas entschlossen nutzen, um unseren Kindern eine bessere Welt zu bauen.

Schengen-Staaten heben Visapflicht für DDR auf

Die Schengen-Partner haben auf dem Ministertreffen in Den Haag beschlossen, die Visapflicht für die DDR zum 1. Juni 1990 aufzuheben. Der Koordinator der Bundesregierung für das Schengener Abkommen, Staatsminister Lutz Stavenhagen, dankte für diese Entscheidung und teilte mit, daß er ermächtigt sei, zu erklären, daß auch die DDR ihrerseits zum 1. Juni die Visapflicht für die Schengen-Staaten aufheben werde.

Nach Auffassung von Stavenhagen ist dies insbesondere im Hinblick auf die in der Reisezeit verstärkt einsetzenden Reisewünsche von DDR-Bürgern sehr zu begrüßen.

Generalsekretär Volker Rühle:

Der erste wichtige Schritt zur Einheit

Zur Unterzeichnung des Staatsvertrages zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR
Generalsekretär Volker Rühle:

Auf dem Weg zur deutschen Einheit gibt es kein Zurück mehr. Der Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ist der erste wichtige Schritt zur Überwindung der 40jährigen Trennung der Deutschen. Die Erwartungen der Menschen in die Arbeit der Bundesregierung und der Regierung der DDR wurden erfüllt.

Trotz mancher Schwierigkeiten auf dem Weg zur Einheit können die Menschen in Deutschland optimistisch in die Zukunft blicken. Es geht um Stabilität, Freiheit und Wohlstand für alle Deutschen. Die verantwortungsbewußt geführten Verhandlungen der beiden Regierungsdelegationen haben gezeigt, daß keine Seite die andere übervorteilen will.

Mit der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wurde Vertrauen in der DDR geschaffen. Die Menschen bleiben wieder in ihrer Heimat, der Übersiedlerstrom ist eingedämmt worden.

Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Lothar de Maizière haben eine solide Grundlage dafür geschaffen, daß jetzt das Ziel der deutschen Einheit zügig erreicht werden kann.

Alfred Dregger:

Wir wollen gleiches Glück und gleiche Lebenschancen für alle

Dies ist eine historische Sitzung. Selten mußte die Fraktion über vergleichbar Wichtiges und Gewichtiges entscheiden. Mit dem Staatsvertrag zur Herstellung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in Deutschland gehen wir entschlossen einen entscheidenden Schritt voran auf dem Weg zur Vollendung der Freiheit und Einheit Deutschlands in einer europäischen Friedensordnung.

Ein kurzer Rückblick zu Beginn. Am 9. November 1989 haben die Deutschen in der DDR die Öffnung der Mauer erzwungen. Ihre Revolution verlief friedlich. Bei den Demonstrationen ist keine Scheibe zu Bruch gegangen. Die Deutschen in der DDR haben Ernst gemacht mit der Selbstbestimmung.

Der Staatsvertrag, über den wir heute beraten, soll das heutige Datum tragen. Das sind sechs Monate und neun Tage nach dem 9. November. Dazwischen hat es zwei freie Wahlen in der DDR gegeben, die dort — wie überall, wo die Menschen den totalitären Sozialismus überwinden — zu einem Sieg der Freiheit, der Demokratie und des Rechtsstaats, zu einem Sieg auch der Christlichen Demokraten, geführt haben. Welch eine Leistung unserer Landsleute dort! Sie haben sich und uns vor der Welt und vor der Geschichte ein Kapital erworben, auf das wir alle stolz sein können.

Die Gegner dieses Prozesses, die SED/PDS und jene Sozialdemokraten, die nicht mehr an die deutsche Einheit geglaubt haben, die ihren Frieden mit

Mauer und Honecker gemacht hatten, werfen uns jetzt Hektik vor. Außerdem schüren sie Angst; hier wie dort.

Wozu?

Bei der PDS und anderen linken Gruppen ist das klar. Sie wollten die sozialistische Spielwiese erhalten und das größte Menschenexperiment der Geschichte — auch noch auf unsere Kosten — fortsetzen. Sie wollten zunächst die Zweistaatlichkeit erhalten und wollen jetzt die Einheit verzögern, behindern, in der Hoffnung, daß sie scheitert.

Der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger in der Sondersitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Staatsvertrag mit der DDR am 18. Mai

Bei der SPD hier gibt es unterschiedliche Motive für ihre Kritik. Immerhin hat auch sie lange gezögert, bevor sie sich zum Ziel der deutschen Einheit bekannt hat. Sie wollte den verfehlten Ansatz ihrer Politik der Kumpanei mit der SED und der Honecker-Clique vertuschen. Sie gönnt uns nicht den Erfolg unserer Politik. Und sie sucht die Zustimmung der Verängstigten, die es in einer Zeit des Wandels immer gegeben hat, und auch jetzt gibt. Sehr patriotisch ist das nicht; es wird auf lange Sicht auch parteipolitisch

keine Zinsen bringen. Wer jetzt den Zug zur deutschen Einheit behindert, der verpaßt ihn und — Gorbatschow hat recht — „wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“.

Wir wollen den Erfolg

Wir, die Union, wollen den Erfolg. Und wir wollen ihn jetzt. Wir wollen die ganze Freiheit für die Deutschen in der DDR. Wir wollen, daß sie so schnell wie möglich menschenwürdig, das heißt in selbst erarbeitetem Wohlstand, ihr Leben verantwortlich gestalten können. Wir wollen gleiches Glück und gleiche Lebenschancen für alle in Deutschland.

Deshalb wollen wir die historische Stunde nutzen. Nie waren die Rahmenbedingungen günstiger als jetzt: Unsere Wirtschafts- und Finanzkraft hat — aufgrund unserer Reform- und Konsolidierungspolitik in den letzten 8 Jahren — einen Gipfel erreicht. Unsere Verbündeten, insbesondere die USA, Frankreich und Großbritannien stehen an unserer Seite; mit der Sowjetunion verbindet uns der Wunsch nach Abrüstung und enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Unsere Nachbarn Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn sehen — wie wir selbst — unseren Platz in der NATO. Diese Rahmenbedingungen sind vor allem das Werk Helmut Kohls.

Es wäre unverantwortlich, darauf zu vertrauen, daß sich an dieser Konstellation nichts ändern könnte.

Auch für den wirtschaftlichen Aufschwung, für die Sanierung der vom Sozialismus heruntergewirtschafteten DDR, nicht nur ihrer Betriebe, sondern auch ihrer Umwelt, ist jetzt entschlossenes Handeln geboten. Es geht um die Lebensgrundlage unserer Landsleute drüben und um die des ganzen deutschen Volkes. Denn das ist der eigentliche

Gehalt dieses Staatsvertrages: Aus der Solidarität der einen deutschen Nation heraus binden wir ihre Teile aneinander, um ein Deutschland der Einheit und um ein Europa der Freiheit zu schaffen.

Nun einige Bemerkungen zum Staatsvertrag selbst. Zu loben ist das, was die Verhandlungspartner beider Seiten erarbeitet haben. Erst seit Ostern hat die DDR eine aus freien Wahlen hervorgegangene Regierung; erst seit Ostern haben wir einen legitimen Verhandlungspartner. Und wir haben noch nicht Pfingsten. Dennoch — auch wenn wir noch nicht Pfingsten haben — übeß dem Werk wehte ein guter Geist; nicht der Geist des Neides, sondern der Geist der Solidarität.

Dieser Vertrag ist das bisher einmalige Unterfangen, ein verrottetes und gescheitertes System sozialistischer Mißwirtschaft — über Nacht sozusagen — in eine funktionierende marktwirtschaftliche Ordnung zu überführen und dabei von

Die Rahmenbedingungen sind vor allem das Werk Helmut Kohls

Anfang an soziale Leistungsstandards zu schaffen, um die die Deutschen in der DDR von allen anderen mitteleuropäischen Völkern beneidet werden.

Die Währungsreform Ludwig Erhards war damals einfacher, weniger kompliziert, nur in ihrer Kühnheit vergleichbar. Denn diesmal sind die Erwartungen höher; es soll einfach alles von Anfang an stimmen; was sicherlich nur begrenzt möglich sein kann: die Einkommen, die Sozialsysteme, die Investitionsanreize, die Rechtssicherheit für Handel, Wandel und Gewerbe und die Stabilität der gemeinsamen Währung.

Wir haben Anlaß, denen, die das in so kurzer Zeit so gründlich vorbereitet haben, Herrn Seiters und seinen Mitarbeitern, Herrn Waigel und seinen Mitar-

beitern, aber auch denen der anderen beteiligten Ministerien, zu danken. Wir danken auch denen, die seitens der DDR verhandelt haben. Sie haben nämlich Mut bewiesen in einer für sie ungewissen Lage. Und sie mußten jenen Hetzern widerstehen, die vom Diktat gesprochen haben, dem sie sich angeblich beugen mußten.

Und die Kleinmütigen in der öffentlichen Meinung auf beiden Seiten möchte ich daran erinnern: Kurz nach der Währungs- und Wirtschaftsreform Ludwig Erhards begann man vom deutschen Wirtschaftswunder zu sprechen. Der Ihnen jetzt zur Beschlußfassung vorliegende Vertrag sagt in Art. 1:

„Grundlage der Wirtschaftsunion ist die Soziale Marktwirtschaft als gemeinsame Wirtschaftsordnung beider Vertragsparteien. Sie wird insbesondere bestimmt durch Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen; ...“

„Die Sozialunion bildet mit der Währungs- und Wirtschaftsunion eine Einheit. Sie wird insbesondere bestimmt durch eine der Sozialen Marktwirtschaft entsprechende Arbeitsrechtsordnung und ein auf den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und des sozialen

Ausgleichs beruhendes System der sozialen Sicherung. ...“

Das ist unser Modell. Das ist die Handschrift Ludwig Erhards. Das war und ist unsere Praxis auch in den Kanzlerjahren Helmut Kohls.

Vor einem gemeinsamen Weg

Am 2. Dezember 1990 oder 13. Januar 1991 wird der neue Bundestag gewählt. Es wäre gut, wenn unsere Landsleute in der DDR sich an dieser Wahl beteiligen würden. Denn nur die staatliche Einheit, die damit vollzogen würde, gibt denen volle Sicherheit, die in der heutigen DDR als Unternehmer investieren oder als Arbeitnehmer oder Selbständige arbeiten wollen. Sie könnten ihr Aufbauwerk in der beruhigenden Gewißheit leisten, daß sie in Gesamtdeutschland arbeiten und daß die Lebensverhältnisse im östlichen Landesteil sich denen des westlichen Teils in kurzer Zeit angleichen würden.

Die Entscheidung darüber liegt nicht bei uns, sondern bei der Volkskammer und der Regierung der DDR. Wir werden nicht unziemlich drängen, aber darauf hinweisen, daß von der Entscheidung, die nach Artikel 23 in Ost-Berlin zu treffen ist, auch die Handlungsfähigkeit des am Jahreswechsel zu wählenden Bundestages erheblich berührt wird.

Der vielleicht wichtigste Tag in der Nachkriegsgeschichte der Deutschen

Eine Jubelkulisse gab es nicht für den vielleicht wichtigsten Tag in der Nachkriegsgeschichte der Deutschen. Es gab erstes Aufatmen nach der Anspannung. Nüchternheit, zurückhaltende Zuversicht dennoch über das Papier, das den Weg in eine bessere Zukunft für die

Menschen in der DDR ebnen soll. Die Unterzeichnung des Staatsvertrags am alten Schreibtisch Konrad Adenauers markiert. 41 Jahre nach der Teilung Deutschlands, den unumkehrbaren Prozeß der Einigung.

General-Anzeiger, Bonn

Generalsekretär Volker Rühle:

Ja zum Staatsvertrag, ja zu einer Politik der Einigung Deutschlands

Der Staatsvertrag ist ein gut ausgehandelter Vertrag; er braucht nicht weiter verhandelt und nicht ergänzt zu werden. Man muß jetzt sagen, ob man für oder gegen ihn ist. Diese Entscheidung kann der SPD niemand ersparen. Wir wissen, daß viele Sozialdemokraten in Verantwortung gegenüber Deutschland spüren: Ein Nein wäre ein Schlag in das Gesicht aller Deutschen und praktisch posthum noch der Ausschluß Kurt Schumachers aus ihrer Partei.

Auch nach dieser Debatte ist die Haltung der SPD im Zwielficht, und die Frage bleibt, ob Sie zur Verantwortung überhaupt fähig sind. Vor zwei Tagen ist im Pressedienst der SPD unter der Verantwortung von Herrn Vogel ein Artikel erschienen. Darin wird gesagt: Staatsvertrag — das bedeutet die Politik der verbrannten Erde. Es wird auch von einem Raubzug gesprochen. Dann geht es wörtlich weiter:

„Mit allen Mitteln, die die Gewaltenteilung in der Bundesrepublik zur Verfügung stellt, muß der Plattmacher Kohl gestoppt werden, bevor er so viel soziales und politisches Unheil anrichten kann, wie es nicht einmal die deutsche Teilung hervorgebracht hat.“

Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen! Hier wird in der Verantwortung der Sozialdemokratischen Partei

Deutschlands gesagt: Dieser Staatsvertrag schafft mehr Unheil, als es in den letzten 40 Jahren durch die Teilung gab. Dies muß aus der Welt geschafft werden, wenn Sie auch nur die Spur einer Chance zur Zusammenarbeit haben wollen.

Dann geht es weiter, alles unter der Verantwortung von Herrn Vogel: „Jetzt muß endlich Schluß sein mit der deutsch-

Rede des Generalsekretärs der CDU, Volker Rühle, anlässlich der ersten Lesung des Staatsvertrags mit der DDR im Deutschen Bundestag am 23. Mai

nationalen Besoffenheit, aus der nichts Gutes kommen kann. Zusammenwachsen ist der Weg zur Einheit, nicht Zusammen schlagen.“

Ja, das ist die SPD! Auf der einen Seite spüren Sie, was die Menschen in ganz Deutschland an Hoffnung mit diesem Staatsvertrag verbinden und daß die Fernsteuerung aus Saarbrücken Ihnen schwer schaden wird; aber auf der anderen Seite wird gegen diesen Staatsvertrag in einer Weise gehetzt, die wir nicht hinnehmen werden.

Sie haben im Verlauf der Debatte auch mehrfach den Bundeskanzler angegriffen,

von Hektik gesprochen und gesagt, er mache die deutsche Politik zu seiner Privatsache. Ich erinnere Sie an den Zehn-Punkte-Plan vom 28. November. Damals haben Sie einen Tag lang allen zehn Punkten zugestimmt. Danach haben Sie die Zustimmung zurückgezogen, weil Sie gesagt haben, das sei eine künstliche Beschleunigung der deutschen Geschichte.

Damals war zunächst eine Vertragsgemeinschaft, dann eine Konföderation und nach vielen Jahren die Föderation vorgesehen. Die deutsche Geschichte hat sich schneller entwickelt, weil nicht zuletzt durch die Regierung Modrow — etwa durch deren Stasi-Pensionsgesetze — das Vertrauen in der DDR zusammengebrochen ist, wodurch sich die Flüchtlingsströme aus der DDR so entwickelt haben und von Ihnen politisch auch so ausgebeutet wurden, daß unsere Antwort die Währungsunion und die Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft sein mußte.

Das hat den Verlauf der Dinge entschieden: der Wunsch der Menschen in der DDR, möglichst schnell eine sichere Zukunft in der DDR zu haben.

Die Währungsunion, die Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft werden kommen. Wer sich dagegen stellt, wäre bereit, den Landsleuten in der DDR die Hoffnung auf die Zukunft zu nehmen. Er trüge die Verantwortung für eine riesige Flüchtlingswelle. Wir werden Ihnen deshalb diese Entscheidung nicht ersparen. Sie müssen eine deutliche Entscheidung treffen. Ich bin ganz sicher, ein Nein zu diesem Staatsvertrag kann niemand verantworten.

Hier ist von den Rednern schon ausgeführt worden, daß hinsichtlich des Umweltschutzes und der Strukturveränderungen in der Wirtschaft längst Rege-

lungen getroffen worden sind. Dazu brauchen keine zusätzlichen Vereinbarungen geschlossen zu werden.

Was Sie versuchen, emotional in den Vordergrund zu stellen, ist die Frage des unrechtmäßig erworbenen Vermögens der Kommunisten der SED/PDS, der Stasi und anderer. Ich war einer der ersten, der dies angesprochen hat. Wir haben gefordert, daß dieses unrechtmäßig erworbene Vermögen z. B. in einen Fonds für die Opfer des Stalinismus eingezahlt wird. Ich meine, das wäre auch die richtige Antwort an die Kommunisten in der DDR.

Wir haben im Staatsvertrag eine Regelung über unrechtmäßig erworbenes Vermögen getroffen. Jetzt liegt es an der Regierung der DDR, die Kriterien festzulegen, wo genau es sich um unrechtmäßig erworbenes Vermögen handelt. Ich habe keinen Zweifel, daß die Regierung der DDR handeln wird.

Eines kann ich Ihnen aber nicht ersparen: Wenn Sie jetzt sehr emotional und völlig zu Recht gegen die Immobilien, Guthaben und das Vermögen der Kommunisten in der DDR Stellung nehmen, so haben sich Ihre führenden Politiker bis zum September letzten Jahres in den Immobilien und an den Kaminen der SED noch sehr wohl gefühlt.

Wir sind uns in dem Ziel einig: Diese Vermögen können nicht in D-Mark umgetauscht werden. Aber Sie sind wirklich die letzten, die sich in besonderer Weise darüber erheben können, angesichts Ihres jahrelangen Umgangs mit der kommunistischen Partei.

Herr Roth, Sie haben zum Vertrag zwischen der SPD und der SED ja gesagt. Wer jetzt ein Nein zum Vertrag zwischen den beiden demokratischen deutschen Regierungen

erwägt, begibt sich endgültig ins politische Abseits.

Es wird darüber gerätselt, warum die Sozialdemokraten plötzlich eine solch kritische Haltung gegenüber dem Vertrag eingenommen haben. Wenn man sich etwa die Äußerungen von Frau Wiczorek-Zeul ansieht, die sagt, durch den Staatsvertrag werde in der DDR der Frühkapitalismus eingeführt, während wir dort die Gesetze der Bundesrepublik einführen wollen, dann sagt dies alles über ihr Bild von der Bundesrepublik.

Hier zeigt sich die Enttäuschung derjenigen Sozialdemokraten, die eben nicht ein zweites Mal Soziale Marktwirtschaft verwirklicht sehen wollen, die nicht die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland in die DDR kopiert haben wollen, die vielmehr erneut ein Experiment mit dem demokratischen Sozialismus anstreben.

Wer sich so lange für die Vorteile der Zweistaatlichkeit eingesetzt hat, dem fällt es schwer, jetzt ein schnelles und deutliches Wort zur Wiedervereinigung zu sagen. Auch das ist der Grund für Ihren Meinungswechsel.

Die Aufgabe, die wir vor uns haben, ist schwierig. Darüber brauchen wir nicht zu streiten. Streiten müssen wir aber dar-

über, mit welcher Politik man die Schwierigkeiten auf dem Weg zur deutschen Einheit am besten überwinden kann.

Die CDU hat nicht zufällig die ersten schwierigen 20 Jahre der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bestimmt. Als es dann ziemlich normal war, haben die Leute gesagt: Jetzt geht es uns so gut, jetzt können sogar einmal der Herr Vogel und seine Kollegen regieren. Das ist 1969 gewesen. 1982 ist die Union wiedergewählt worden, eine Partei für schwierige Zeiten.

Ich bin fest davon überzeugt, daß dieser Staatsvertrag das richtige Instrumentarium ist und daß wir die richtige Politik machen, um die Schwierigkeiten auf dem Weg zur deutschen Einheit zu überwinden. Sie aber stehen vor der Frage, ob Sie es sich wirklich leisten können, nein zu dem zu sagen, was die SPD in der DDR durch ihren Finanzminister unterschrieben hat, nein zu dem zu sagen, was sich die Menschen in der DDR erhoffen.

Wir fordern Sie auf, ja zu diesem Staatsvertrag, ja zu einer Politik der Einigung Deutschlands zu sagen.

Finanzminister Theo Waigel im Bundesrat am 22. Mai:

Neue Kraft für die Idee des Föderalismus

Mit der Ausdehnung von Demokratie und Freiheit auf ganz Deutschland erhält die Idee des Föderalismus zusätzliche Kraft und neue Vitalität. Der künftige deutsche Staat wird auf leistungsfähigen und selbstbewußten Ländern aufbauen. Die Länder werden in ihrem eigenen Bereich — und ebenso in der Mitsprache bei gesamt-

staatlichen Entscheidungen — hohe Verantwortung tragen. Was heute in Deutschland geschaffen wird, kann lange Zeit überdauern. Wir bauen ein Deutschland, das nach dem Willen seiner Bürger gestaltet wird. Wir überwinden die Teilung mit der vollen Zustimmung unserer Nachbarn und unserer Freunde in aller Welt.

Kommentare zum Staatsvertrag

Ein historischer Tag

Nach 45 Jahren der Trennung sind die Deutschen dem politische Ziel der Einheit ein großes Stück näher gekommen. Es ist jetzt an den Politikern in der DDR und in der Bundesrepublik, den eingeschlagenen Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands in einem einigen Europa zügig, aber ohne Hast zu gehen. Dies erwarten die Menschen in Deutschland. Und unsere Nachbarn in Europa erwarten, daß wir Deutschen diesen Weg zu einem einheitlichen und demokratischen Deutschland als Europäer gehen. Deshalb gibt es für uns Deutschen keinen Sonderweg in Europa. Denn wir sind Teil Europas und wollen dies auch bleiben. Wenn am Ende des nun begonnenen Weges ein einheitliches und freies Deutschland in einem freien Europa steht, in dem die Menschen ohne Angst und in Wohlstand leben können, dann war dies ein historischer Tag.

Frankfurter Neue Presse

Einigung unaufhaltsam

Wohlthuend auch die nüchterne Atmosphäre, in der sich der feierliche und bedeutsame Akt an durchaus geschichtsträchtiger Stelle vollzog. Von nationalem Überschwang oder gar nationalem Übermut bei der Geburtsstunde des wiedervereinigten Deutschlands keine Spur, eher geschäftsordnungsmäßige Kühle und Distanz. Und das war sicher gut so. Sind doch bis zum endgültigen Gelingen dieser in der Geschichte bisher einmaligen „Operation Wiedervereinigung“ vor allem Sachlichkeit und Nüchternheit gefordert. Nicht ohne Grund haben deshalb die Finanzminister das Vertragswerk unterschrieben, während die Regierungs-Chefs nur zuschauten.

Kölnische Rundschau

Der erste Schritt

Das ist der erste Schritt zur staatlichen Einheit der Deutschen. Ein wahrhaft historischer Tag! Nun wird nicht mehr nur geredet, jetzt wird gehandelt. Wir sind auf einem guten Wege, der uns Deutschen jahrzehntelang verwehrt worden ist. Der „paraphierte“ — abgezeichnete — Vertrag zwischen den beiden freigewählten Regierungen in Bonn und Ost-Berlin über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion bedeutet zwar erst den Anfang der Vereinigung, aber der schwierige Prozeß ist wohl unumkehrbar.

Rheinische Post

Ein guter Tag

Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, die Väter der Bundesrepublik, wären auf diesen 18. Mai stolz gewesen. Dies war ein historischer, ein guter Tag für alle Deutschen. Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages über die deutsche Währungsunion in Bonn sind wir einen entscheidenden Schritt weiter auf dem Weg zur deutschen Einheit. Und diese deutsche Einheit wird schneller kommen, als viele glauben.

Bild

Ein Vertrag für die Einheit

Es ist wahr, daß dieser Vertrag die innenpolitische Eigenstaatlichkeit der DDR auf einen kaum mehr sichtbaren Rest reduziert. Es ist ein Vertrag für die Einheit. Das ist es wohl, was die Kritiker wirklich stört, auch wenn sie ihre Einwände wechselnd im Sprachgewand des Sozialen, des Ökologischen oder des Emanzipatorischen vorbringen. Manche, die nun vom D-Mark-Imperialismus sprechen, sind einfach enttäuscht darüber, daß dem Sozialismus das Spielgeld weggenommen wird.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Kein Anlaß zu Kleinmut

Es besteht kein Anlaß zu Kleinmut oder Ängstlichkeit. Die Deutschen in Ost und West haben sich zwar viel vorgenommen, aber sie werden es schaffen können. Das Tempo der Vereinigung ist zwar atemberaubend, und die Kosten sind hoch — wie hoch, das kann allerdings niemand sagen, das hängt vor allem davon ab, wie mutig oder wie zaghaft nun die Sache angepackt wird. Es bringt deshalb wenig, ständig nach neuen Rechnungen zu fragen, die doch alle nicht stimmen können. Manche Chance bietet die Geschichte nur einmal. Wollen wir später unsern Enkeln sagen, wir hätten sie verpaßt, nur weil wir uns zu lange damit aufgehalten haben, einen Kas- sensturz zu machen?

ZDF

Nüchterne Deutsche

Den Deutschen, denen gern ein Hang zur Großspurigkeit nachgesagt wird, erweisen sich als nüchterne Rechner. Wirtschaftliche Chancen und soziale Folgelasten bedenken sie stärker als das nationale Drum und Dran. Daß Begeisterung durch Ängste gebremst wird, mag die Ursache dafür sein, daß die Opposition nur halbherzig zustimmt und mit einem Bein im Abseits bleibt. Der Bedeutung der Sache angemessen ist diese Haltung nicht. Der Zug ist abgefahren.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

Jetzt umsetzen!

Sechs Monate und neun Tage nach der Öffnung der Mauer wurde dieser Vertrag in Bonn unterzeichnet. Markstein und Kursbuch zur staatlichen Einheit hießen die Vokabeln, mit denen er dabei bedacht wurde. Den Vertrag auszuhandeln, wird ein Kinderspiel gewesen sein gegenüber dem Unterfangen, ihn in die Praxis umzusetzen und gleichzeitig den politischen Weg zur Einheit mit baldigen gesamtdeutschen Wahlen zurückzulegen.

Handelsblatt

Für die SPD schlägt die Stunde der Wahrheit

Entscheidend ist, in welchem Geist der Staatsvertrag mit Leben erfüllt wird. Das Ziel ist ohnehin klar formuliert, eben die Vereinigung. Kleinliche Kritik an punktuellen Schwachstellen ist völlig unangebracht. Für die westdeutschen Sozialdemokraten schlägt nun bald die Stunde der Wahrheit. Noch sind ihre Stellungnahmen zum Vertrag höchst widersprüchlich. Aus den Ländern hört man Zustimmung, aus der Bundesführung hingegen zum Teil scharfe Ablehnung. Es wäre Inhalt und Ziel des Vertrags angemessen, wenn beide große Volksparteien zu einer einheitlichen Bewertung kämen, denn sonst besteht die Gefahr, daß sich die SPD im Westen noch völlig vom Vereinigungszug abkoppelt.

Bayerischer Rundfunk

Schnelle gesamtdeutsche Wahlen nötig

Je länger der gesamtdeutsche Wahltag hinausgeschoben wird, desto mehr muß in beiden Teilen Deutschlands die Unsicherheit wachsen. Das Gerede, es gehe alles viel zu schnell, kann niemanden überzeugen. Es wäre falsch, der DDR die Milliarden zur Verfügung zu stellen, die man braucht, um eine verlotterte Wirtschaft auf Vordermann zu bringen, wenn man sechzehn Millionen Menschen noch lange daran hindert, in einem gemeinsamen Parlament aller Deutschen Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

Man wird das Gefühl nicht los, daß bestimmte Leute in der DDR gegen schnelle Wahlen sind, weil sie an ihren neuen Ämtern Gefallen gefunden haben. Nur wird nichts besser, wenn man gesamtdeutschen Wahlen noch lange wartet, und wir könnten das, was bis heute erreicht wurde, wieder aufs Spiel setzen ...

Westdeutscher Rundfunk

Die deutsche Einheit ist ohne Steuererhöhungen zu finanzieren

Zur Finanzierung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann:

Der Bundesfinanzminister hat mit dem Bund-Länder-Fonds „Deutsche Einheit“ in Höhe von 115 Mrd. DM eine ökonomisch sinnvolle Finanzierung zur Sanierung und Modernisierung des DDR-Staatshaushaltes und der DDR-Volkswirtschaft gewählt. Das Konzept verhindert, daß es zu Wachstumsstörungen unserer Volkswirtschaft kommt und ist daher zu begrüßen. Es ist davon auszugehen, daß der Bundesfinanzminister und die Bundesbank die Kapitalmärkte genau beobachten, um zusätzliche Spannungen zu verhindern.

Außerdem belegen die neuesten Steuer-schätzungen, daß die deutsche Einheit ohne Steuererhöhungen solide zu finanzieren ist. Bund, Länder und Gemeinden können bis 1994 mit 140 Mrd. DM Steuer-mehreinnahmen rechnen. Damit ist die Doppelstrategie der SPD, in der Bundesrepublik soziale Ängste zu schüren und in der DDR immer größere Forderungen zu stellen, zusammengebrochen.

Anhaltend gute Konjunktur

Die für die nächsten Jahre abzusehenden Steuermehreinnahmen sind ein ein-drucksvoller Beleg für die anhaltend gute Konjunktur, deren Basis auf der guten Wirtschaftspolitik der von Bundeskanzler Helmut Kohl geführten Bundesregierung beruht.

Es ist nicht nachvollziehbar, wenn die finanzpolitische Sprecherin der SPD-

Fraktion, Frau Ingrid Matthäus-Maier vor dem Hintergrund der zu erwartenden gewaltigen Steuermehreinnahmen der Bundesregierung mangelnde finanzpoliti-sche Solidität bei der Finanzierung der deutschen Einheit vorwirft. Im übrigen erklärt selbst der SPD-Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, daß auf lange Sicht die deutsche Einheit mehr Wachstum und steigende Einnahmen bringen werde.

Verworren

Für Verwirrung in der Diskussion über die Finanzierung der deutschen Einheit sorgt derzeit allen voran Ingrid Matthäus-Maier. Erst redete sie Steuer-erhöhungen das Wort; als aber der Sonderfonds Deutsche Einheit bekannt wurde, klagte sie über Einheit auf Pump. Und nun spricht sie sich dafür aus, die DDR-Lasten über Umschich-tungen und Einsparungen im Bundes-haushalt zu finanzieren. Sie, die vor ein paar Jahren noch nicht wußte, welcher Partei sie nähersteht, der FDP oder der SPD, dreht sich weiterhin wie eine Luft-blase im innerdeutschen Ruhrteig.

Bayerischer Rundfunk

Wenn nun Frau Matthäus-Maier vor-schlägt, die deutsche Einheit über Haus-haltseinsparungen, z. B. bei Subventio-nen, zu finanzieren, muß daran erinnert werden, daß ein Großteil der Finanzhilfen des Bundes, die 1990 rund 14,2 Mrd. DM betragen, in die Bereiche Bergbau, Werften, Landwirtschaft und Forsten flie-ßen, die der Strukturanpassung dienen, oder in den sozialen Wohnungsbau, was dann zu Lasten der Mieter geht. ■

Solide Haushaltspolitik konsequent fortsetzen

Zu den Ergebnissen der Steuerschätzung erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jochen Borchert:

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich im achten Jahr des wirtschaftlichen Aufschwungs. Eine so lang anhaltende Aufwärtsentwicklung hat es in der Geschichte unseres Landes noch nie gegeben. Ebenso wie im vergangenen Jahr ist für 1990 mit einem realen Wirtschaftswachstum von etwa 4 v. H. zu rechnen, und im kommenden Jahr wird sich die positive Wirtschaftsentwicklung fortsetzen.

Diese ausgezeichnete Verfassung unserer Volkswirtschaft, die insbesondere von der privaten Investitionstätigkeit und dem privaten Verbrauch — durch die 3. Stufe unserer Steuersenkungspolitik stimuliert — getragen wird, findet ihren Niederschlag in deutlich höheren Steuereinnahmen aller öffentlichen Haushalte.

Trotz dieser erfreulichen Entwicklung auf der Einnahmeseite werden wir unseren bewährten Weg einer soliden Haushaltspolitik konsequent fortsetzen. Äußerste Ausgabendisziplin, wachstumsbedingte Steuermehreinnahmen und eine vorübergehende Erhöhung der staatlichen Nettokreditaufnahme ermöglichen es, mit den großen Herausforderungen der deutschen Einheit finanzpolitisch solide fertig zu werden.

Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit, wie sie die SPD fordert, lehnen wir strikt ab. Für uns besteht kein Anlaß, den finanzpolitischen Kurs, der die Selbstfinanzierungskräfte der Sozialen Marktwirtschaft gestärkt hat, zu korrigieren. ■

Steuerschätzung 1990–1994:

8,2 Mrd. Mark mehr

Zum Ergebnis der Steuerschätzung für die Jahre 1990 bis 1994 erklärt der Bundesminister der Finanzen, Theo Waigel:

Der unabhängige Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat in Regensburg die Steuereinnahmen für den mittelfristigen Zeitraum 1990 bis 1994 geschätzt. Für das Jahr 1990 ergibt die neue Schätzung danach gegenüber der letzten Schätzung zum November 1989 per Saldo Mehreinnahmen von + 8,2 Mrd DM für alle Ebenen.

Dieses erfreuliche Ergebnis beruht auf dem dynamischen Wachstum der deutschen Wirtschaft, das nach den Prognosen der Experten mit 3½ bis 4 v. H. deutlich stärker sein wird, als bei der Verabschiedung des Bundeshaushalts im Herbst 1989 erwartet wurde.

Unsere auf stetige Verbesserung der Rahmen- und Wachstumsbedingungen angelegte Finanz- und Steuerpolitik hat die Grundlage für die lange Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs geschaffen und sie zusätzlich gestärkt. Zu dieser soliden Grundlage sind neue Wachstumsimpulse hinzugekommen, wie der bevorstehende europäische Binnenmarkt und die neuen Chancen unserer Wirtschaft in Osteuropa und durch die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR.

Die Wachstumsaussichten sind auch für die kommenden Jahre günstig, insbesondere im Bereich von Investitionen und Beschäftigung.

Arbeitsmarktperspektive bis 2000

2,5 Mio mehr Arbeitsplätze möglich

Die deutsche Einheit und die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes sorgen dafür, daß es bis zum Jahre 2000 in der Bundesrepublik Deutschland weniger als 1 Million Arbeitslose geben wird. Die Zahl der Arbeitsplätze wird bis zum Jahre 2000 um 2,5 Millionen zunehmen (im Vergleich zu 1989).

Dies ist das Ergebnis einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit. Zugrunde gelegt ist den Berechnungen ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 3,1 Prozent pro Jahr in den 90er Jahren. Und: „Der Wachstumspfad ist ohne nennenswerte zusätzliche Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik realisierbar, z. B. halten sich Preis- und Zahlungsbilanzüberschüsse und Zunahme der Staatsverschuldung in engen Grenzen.“

Die Ergebnisse der Studie im einzelnen:

- Für den Durchschnitt der 90er Jahre errechnet sich ein Wirtschaftswachstum von 3,1 Prozent pro Jahr, wobei die Rate Anfang der 90er Jahre sogar auf über 4 Prozent steigt.

- Die Zahl der Erwerbstätigen könnte 1995 mit rd. 29,1 Mio um 1,4 Mio und 2000 mit rd. 30,1 Mio um 2,5 Mio höher sein als im Basisjahr 1989.

Die günstige Beschäftigungsentwicklung ist vor allem eine Folge des merklich höheren Wirtschaftswachstums, aber auch eines etwas langsameren Produktivitätsfortschrittes. Im Verlauf der 90er Jahre kommt es jedoch zu einem deutlichen Anstieg des Produktivitätsfortschrittes in Relation zum Wirtschaftswachstum und somit der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsschwelle.

- Dem Beschäftigungsanstieg von rd. 2,5 Mio stünde eine Zunahme des Potentials an Erwerbspersonen von beinahe 1,4 Mio Personen gegenüber. Demzufolge wäre der Umfang der registrierten Arbeitslosigkeit und stillen Reserve im Jahre 2000 um ca. 1,1 Mio niedriger als 1989, wobei ca. 0,7 Mio auf den Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit entfallen könnten.

- Der Wachstumspfad ist ohne nennenswerte zusätzliche Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik realisierbar, z. B. halten sich Preis- und Zahlungsbilanzüberschüsse und Zunahme der Staatsverschuldung in engen Grenzen.

Da geringere Zuwanderungen und damit auch geringere Zunahmen des Erwerbspersonenpotentials nicht zwangsläufig zu einem niedrigeren Tempo des Wirtschaftswachstums führen müssen, könnte die Arbeitslosigkeit noch stärker zurückgehen. Außerdem könnte im Zuge des Aufholprozesses der DDR und des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung sogar noch günstiger ausfallen, als hier beschrieben wird.

Die wichtigsten Rahmendaten des Szenarios:

- Dank genügend flexibler, offensiver, zukunftsorientierter Politiken kommt es in den 90er Jahren weder in der Bundesrepublik noch in den wichtigsten Partnerländern zu gravierenden „Schocks“, größeren Anpassungskrisen oder regelrechten Rezessionen. Das Wirtschaftswachstum der westlichen Industrieländer beschleunigt sich im Verlauf der 90er

Jahre von durchschnittlich 2,5 Prozent pro Jahr 1989/95 auf 3,3 Prozent pro Jahr 1995/2000 (1989/2000 insgesamt knapp 3 Prozent pro Jahr).

● In den elf Jahren 1990 bis 2000 wandern insgesamt 3,7 Mio mehr Personen (Übersiedler, Aussiedler, sonstige Deutsche, Ausländer) zu als ab. Im Jahre 2000 wohnen im jetzigen Bundesgebiet dadurch trotz der niedrigen Geburtenziffern 3,1 Mio mehr Menschen als 1989.

● Die DDR erhält aus der Bundesrepublik 1990 rd. 25 Mrd DM und in den Folgejahren jeweils rd. 30 Mrd DM an zusätzlichen öffentlichen Mitteln (z. B. für Infrastrukturinvestitionen, Anschubfinanzierungen, künftigen Finanzausgleich). Westdeutsche Unternehmen, die in der DDR Niederlassungen gründen, liefern 1990 für rd. 5 Mrd DM, in den Folgejahren für jeweils rd. 10 Mrd DM Anlagegüter in die DDR. Insgesamt belaufen sich die zusätzlichen Lieferungen aus dem Bundesgebiet in die DDR 1990 auf 22 Mrd DM und ab 1991 auf jährlich 30 Mrd DM.

● Die Ausgaben der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen im Bundesgebiet nehmen insgesamt real um durchschnittlich jährlich 3 Prozent zu. Die Subventionen an Unternehmen in der Bundesrepublik bleiben nominal insgesamt konstant, ebenso die zu Beginn des Jahres 1990 geltenden durchschnittlichen Steuer- und Beitragsätze.

● Die Lohnsatzsteigerungen orientieren sich am Produktivitätsfortschritt, der Erzeugerpreisentwicklung und der allgemeinen Arbeitsmarktlage. Die Jahresarbeitszeit (einschl. Teilzeiteffekt) je Erwerbstätigen sinkt im Trend um 0,8 Prozent pro Jahr.

● Aufgrund hoher Kapitalimporte kommt es bis Mitte 1991 zu einer realen Aufwertung der DM um durchschnittlich

Rückkehrhilfen für ausländische Arbeitnehmer werden verstärkt

Die Bundesregierung wird die Rückkehrhilfen für ausländische Arbeitnehmer weiter ausbauen. Das erklärte der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Werner Tegmeier, auf einer Fachtagung in Bonn.

Auf Einladung des Bundesarbeitsministeriums, des Instituts der deutschen Wirtschaft sowie der Koordinierungsstelle zur Förderung der Reintegration ausländischer Mitarbeiter zogen Vertreter der deutschen Wirtschaft sowie der Bundesregierung und der türkischen Regierung eine Zwischenbilanz ihrer gemeinsamen Bemühungen, jungen Türken die Rückkehr in ihr Heimatland und die Wiedereingliederung dort zu erleichtern.

Die Koordinierungsstelle zur Förderung der Reintegration ausländischer Mitarbeiter (KFR), die 1988 auf Initiative von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm gegründet wurde, fördert die Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft. Seither sind für 2,5 Millionen Mark Geld- und Sachleistungen aufgebracht worden, um durch den Aufbau von Ausbildungszentren in der Türkei jungen Türken bei deren Wiedereingliederung zu helfen.

10 Prozent. Anschließend bleibt der reale Wechselkurs der DM konstant.

● Die Geldpolitik bleibt dem Ziel der Geldwertstabilität im bisherigen Maße verpflichtet.

Die Sicherheit der eigenen Wohnung muß in der DDR gewährleistet sein

Der Vorsitzende der CDU-Kommission „Deutsch-deutsche Sozialgemeinschaft“, Ulf Fink, und der Generalsekretär der CDU-Ost, Martin Kirchner, haben auf einer Pressekonferenz in Bonn die Empfehlungen der Kommission zur Wohnraumversorgung vorgestellt.

In der DDR ist durch staatliche Förderungsmaßnahmen und Privatinitiative dafür zu sorgen, daß eine angemessene familiengerechte Wohnungsversorgung erhalten bleibt bzw. geschaffen wird. Dazu hält die Kommission folgende Maßnahmen für dringend notwendig:

- Die Sicherheit der eigenen Wohnung muß gewährleistet werden. Dazu gehört die Beibehaltung eines leistungsfähigen Kündigungsschutzes für die Mieter. Eine schrittweise Mietenreform zur Sicherstellung kostendeckender Mieten im Wohnungsbestand ist unverzichtbar. Mit der Mietenreform muß aber gleichzeitig ein Wohngeldsystem eingeführt werden.
- Zur baulichen Erhaltung und Verbesserung des Wohnungsbestandes muß ein staatliches Förderungsprogramm aufgestellt werden. Daneben sind kurzfristige Rahmenbedingungen zu entwickeln, die ausreichenden Anreiz für den Einsatz privaten Kapitals bei der Substanzerhaltung und Substanzerbesserung des Wohnungsbestandes bieten.
- Für den Mietwohnungsbau sind Neubauförderungsprogramme unverzichtbar. Daneben sind Anreize für den Einsatz privaten Kapitals zu schaffen.
- Um breiten Schichten der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, Wohneigentum zu schaffen, sind Förderungsprogramme

für den Bau von Familienheimen und Eigentumswohnungen zu entwickeln.

- Die staatlichen Wohnungsbestände in der DDR sind zu privatisieren. Dabei sollen die Wohnungen zu einem angemessenen Preis in das Eigentum der derzeitigen Mieter überführt werden.
- Für die Zusammenführung aller Förderungsprogramme wird für die DDR ein Spezial-Kreditinstitut vorgeschlagen, ähnlich den in verschiedenen Bundesländern bestehenden Wohnungsbaukreditanstalten. Das Spezial-Kreditinstitut wird mit einem Sondervermögen ausgestattet, woraus die für die Förderungsprogramme notwendigen Darlehen bewilligt werden. Die mit der Privatisierung der volkseigenen Wohnungen anfallenden Gewinne dienen zur Mitfinanzierung des Sondervermögens.

Einnahmeüberschuß

Der Einnahmeüberschuß der Sozialversicherung hat sich im vergangenen Jahr auf 16 Mrd. Mark erhöht; 1988 hatte er nur 1 Mrd. Mark betragen. So nahm unter anderem die Gesetzliche Krankenversicherung 1989 rund 9 Mrd. Mark mehr ein, als sie ausgeben mußte, während im Vorjahr noch ein Ausgabenüberschuß von 1,5 Mrd. Mark zu verzeichnen gewesen war. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung wurden in voller Höhe durch die Einnahmen gedeckt, während im Jahre 1988 die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung die Einnahmen noch um 4 Mrd. Mark überstiegen hatten.

Soforthilfeprogramm für die Alten- und Altenpflegeheime in der DDR

In der DDR gibt es rd. 1.300 Alten- und Altenpflegeheime mit rd. 140.000 Bewohnern. Ziel eines Soforthilfeprogramms der Bundesregierung ist es, diese Heime mit den am dringendsten erforderlichen Verbrauchsmaterialien zu versorgen.

Dies soll — nach Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium der DDR — auf der Basis von Versorgungssets erfolgen. Die insgesamt 3.500 Sets sind so bemessen, daß sie zur Versorgung von je 40 Heimbewohnern ausreichen. Mit ihnen soll eine gleichmäßige und bedarfsdeckende Versorgung aller Heime in der DDR bis Ende 1990 erreicht werden.

Der Schwerpunkt des Programms liegt bei den Inkontinenzmaterialien, für die es einen besonderen Bedarf gibt. Darüber hinaus enthält jedes Set eine Antidekubitustratze, 5 Antidekubitussfelle und pflegerisch medizinisches Verbrauchsma-

terial. Weiterhin ist ein Wärme- und ein Transportwagen je Set vorgesehen. Zur Lieferung gehören auch 1.500 Duschrollstühle, 2.000 Toilettenrollstühle und 4.000 Hebegeräte.

Die Belieferung der Alten- und Altenpflegeheime beginnt Ende Mai/Anfang Juni 1990 und wird vom Deutschen Roten Kreuz in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in der DDR organisiert.

Diese Soforthilfe wird die Situation insbesondere pflegebedürftiger Menschen in den Heimen der DDR verbessern und ihre Pflege erleichtern. Strukturelle Verbesserungen sind jedoch notwendig, um die Selbstversorgung der Heime mit diesen Materialien auf Dauer sicherzustellen. Darüber hinaus sind Bauinvestitionen erforderlich, um den Standard der Alten- und Altenpflegeheime in der DDR schrittweise an den bundesdeutschen Standard heranzuführen.

Keine Aufwertung nichtehelicher Lebensgemeinschaften

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Mietrecht eines nichtehelichen Lebenspartners verleiht der nichtehelichen Lebensgemeinschaft keinen Verfassungsrang.

Friedrich-Adolf Jahn, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz: Der Entscheidung kann lediglich entnommen werden, daß die nichteheliche Lebensgemeinschaft vom Gesetzgeber toleriert wird.

Gegenstand des Beschlusses der Karlsruher Richter war die Frage, ob das Urteil eines Landgerichts zur Ausdehnung des Mieterschutzes auf einen nichtehelichen Lebenspartner das Eigentumsrecht des Vermieters verletzt. Das Landgericht war zu der Auffassung gelangt, daß der Lebenspartner, der 18 Jahre lang mit der Mieterin in einer Wohnung gelebt hat, nach deren Tod nicht ohne weiteres die Wohnung räumen muß.

Beruf und Familie

Frauen in Ost und West müssen echte Wahlfreiheit haben

Anlässlich einer Sitzung des Bundesausschusses „Frauenpolitik“ der CDU, der sich eingehend mit der Situation von Frauen und Familien in der DDR befaßte, erklärte die Vorsitzende, Staatssekretärin Maria Herr-Beck: Eines ist ganz deutlich geworden: Die Frauen in der DDR benötigen unsere solidarische Unterstützung, damit der Einigungsprozeß nicht zu ihren Ungunsten verläuft.

In den vergangenen Wochen häuften sich die Fälle, daß DDR-Unternehmen Frauen, und hier besonders alleinerziehenden Müttern, kündigten. Das muß unterbunden werden.

In bezug auf das quantitative Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen ist die DDR uns weit voraus. Es gibt dort eine fast 100prozentige Abdeckung der Nachfrage nach Kinderbetreuung. Hinsichtlich der qualitativen Ausgestaltung dieser Einrichtungen werden künftig allerdings verstärkt neuere pädagogische Erkenntnisse, vor allem der vorschulischen Erziehung und Förderung von Kindern, umgesetzt werden müssen.

Kinderbetreuung verbessern

Wenn das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das die CDU 1985 auf ihrem Parteitag in Essen formuliert hat, erreicht werden soll, dann ist das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen auch in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend dem Bedarf auszubauen. Die Frauen in Ost und West brauchen ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbe-

treuung. Aber die Frauen in Ost und West müssen verantwortlich und frei entscheiden können, ob sie ganz in der Familie tätig sein oder Beruf und Familie vereinbaren wollen.

Gemeinsam müssen wir deshalb die Voraussetzungen für eine echte Wahlfreiheit zwischen diesen beiden Lebenskonzepten schaffen:

- Ausbau des Erziehungsurlaubs und der Bezugsdauer des Erziehungsgeldes,

Soforthilfe für Behinderte

Auf Initiative von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und Rainer Eppelmann sind im Rahmen der Soforthilfe für behinderte Bürger in der DDR in den letzten Wochen 60 Kleinbusse für je 6 Rollstuhl-Fahrer und 60 Kleinbusse für je 2 Rollstuhl-Fahrer in die DDR geliefert worden. Darüber hinaus wurde auch noch eine Vielzahl von Rollstühlen verschiedenster Art übergeben.

- familiengerechte Arbeitszeiten für Mütter und Väter,
- mehr Teilzeitarbeitsplätze in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes und der Wirtschaft, insbesondere auch in qualifizierten Funktionen.

Wir fordern die CDU-Parteien in beiden Staaten in Deutschland auf, die gesamtdeutsche Frauen-Union zu unterstützen und zu fördern, damit wir die Anliegen der Frauen und Familien gemeinsam vertreten können. ■

Mit ganzer Kraft weiter für die Menschen an Rhein und Ruhr

Ein anstrengender Landtagswahlkampf liegt hinter uns. Die Mitglieder der CDU Nordrhein-Westfalen und viele Freunde der Union haben sich in diesem Wahlkampf in bewundernswerter Weise engagiert. Die ganze Partei kämpfte geschlossen und entschlossen für einen Wechsel in Nordrhein-Westfalen. Der Wähler hat entschieden.

Trotz Stimmengewinnen haben wir diese Wahl verloren und trotz Stimmenverlusten ist die SPD der Sieger der Landtagswahl in NRW. Wir haben diese Wahl verloren, aber geschlagen geben wir uns nicht.

Wie entfesselt und wie engagiert die Mitglieder der Union in diesem Wahlkampf gekämpft haben, zeigt auch, daß die CDU weit weniger Wähler an die leider zu große Gruppe der Nichtwähler verloren hat als die SPD. Und

daß wir z. B. auch bei den Jungwählern wieder stärkere Zustimmung erfahren haben, ist ein hoffnungsvolles Zeichen.

Mit ganzer Kraft werden wir uns weiter einsetzen für Nordrhein-Westfalen, für die Menschen an Rhein und Ruhr. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger in NRW von uns. Diesem Auftrag fühlen wir uns verpflichtet.

Wir sagen allen Kandidaten, allen Mitgliedern — ob ehrenamtlich oder hauptamtlich — ein herzliches Dankeschön für ihren engagierten, frisch-frechen, aber immer fairen Wahlkampf. Unsere gemeinsame Anstrengung war nicht umsonst. Wir sind sicher, so viel Engagement zahlt sich in Zukunft für die CDU in Nordrhein-Westfalen aus.

Ihr

**Norbert Blüm
und Helmut Linssen**

Ulf Fink stellvertretender Vorsitzender des DGB

Heinz-Werner Meyer, bisher Vorsitzender der Gewerkschaft Bergbau und Energie, ist als Nachfolger von Ernst Breit auf dem 14. Ordentlichen DGB-Bundeskongreß in Hamburg zum Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt worden.

Als Stellvertreter Meyers wählten die 525 Delegierten die bisherige Vizepräsidentin der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Ursula Engelen-Kefer, und Ulf Fink, den Bundesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen-Arbeitnehmerschaft.

Neu in den geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand wurde auch Regina Görner gewählt, Bezirkssekretärin der ÖTV Hessen und ebenfalls CDA-Bundesvorstandsmitglied.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat dem neuen DGB-Vorsitzenden seine Glückwünsche übermittelt und die Hoffnung ausgedrückt, daß der DGB weiterhin tatkräftig den Aufbau freier, demokratischer und starker Gewerkschaften in der DDR unterstützen werde.

Landesparteitag der CDU Saar

Bundesumweltminister Klaus Töpfer ist neuer Landesvorsitzender

**Der neue Landesvorsitzende der CDU Saar heißt Klaus Töpfer. Mit deutlicher Mehrheit — 385 von 415 Stimmen — wurde der Bundesumweltminister, zugleich Spitzenkandidat der CDU Saar für die Bundestagswahl, auf dem Landesparteitag in Becksbach am 19. Mai zum neuen Landespartei-
chef gewählt.**

Töpfer tritt damit die Nachfolge von Peter Jacoby an, der vorzeitig sein Amt zur Verfügung stellte, um sich voll auf seine neue Aufgabe als Vorsitzender der CDU-Fraktion im saarländischen Landtag konzentrieren zu können.

Mit dieser Arbeitsteilung wollen beide, deren Zusammenarbeit sich schon in der Vergangenheit bewährt hat, eine optimale Führung der Saar-CDU gewährleisten.

Die Partei müsse neues Profil gewinnen, war dementsprechend eine der Botschaften, die Töpfer und Jacoby an die Delegierten richteten. Sie werde hierzu auch

ihre Rolle als Opposition im Landtag nutzen. Denn, so Jacoby, „wir jammern nicht, wir lamentieren nicht, wir resignieren nicht. Wir nehmen die Rolle als Opposition von heute an, die bekanntlich die bessere Regierung von morgen ist.“

Unbestrittener Höhepunkt des Parteitag-
es war die Rede von DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière, der damit erstmals auf einer Parteiveranstaltung in Westdeutschland sprach. Dies sei ein Signal für das Zusammenwachsen der CDU in Ost und West, betonte er. De Maizière ließ auch keinen Zweifel daran, daß es zur deutsch-deutschen Vereinigung keine Alternative gibt: „Unsere Zukunft liegt in der Einheit Deutschlands, in einem ungeteilten Europa.“ Wie Töpfer und Jacoby erteilte auch de Maizière kleingeistigen Kritikern, die nicht die Bedeutung der historischen Stunde erfaßten, sondern sich in der Rolle als Bedenkenträger gefielen, eine eindeutige Absage.

Süssmuth Spitzenkandidatin in Niedersachsen

Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth ist die Spitzenkandidatin der niedersächsischen CDU für die Bundestagswahl. Ohne Gegenstimmen wurde sie am 19. Mai in Hannover von der Landesvertreterversammlung auf Platz 1 der Landesliste gesetzt. Den 2. Platz nimmt Kanzleramtsminister Rudolf Seiters ein.

Schäuble Spitzenkandidat in Baden-Württemberg

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ist Spitzenkandidat der baden-württembergischen CDU für die Bundestagswahl. Auf den nächsten Plätzen der Landesliste folgen der Bundestagsabgeordnete Wissmann, Kanzleramtsminister Stavenhagen und der Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium Pfeifer.

Die Erfolge der Bundesregierung sprechen für sich

Umweltschutz: Wir handeln

Die Regierung Helmut Kohl hat die Bundesrepublik zur weltweiten Vorreiterin im Umweltschutz gemacht. Keine Regierung nimmt den Umweltschutz so ernst wie unsere Bundesregierung.

Die Erfolge sprechen für sich:

● Luftreinhaltung:

- Die Schwefeldioxid-Emissionen sind seit 1982 um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Grund: Entschwefelungsanlagen in Kraftwerken. 1982 gab es noch keine einzige Anlage, heute gibt es über 165.
- Industrieanlagen werden bis 1995 mehr als ein Drittel weniger Staub, Schwefeldioxyd und Stickstoffoxide ausstoßen. Grund: Verschärfung der Technischen Anleitung (TA) Luft. Vor allem Stahlwerke, Metallhütten, Zement- und Chemiewerke sind betroffen.
- Der Drei-Wege-Kat im Auto filtert 90 Prozent der Abgase heraus. Dank konsequenter Umweltpolitik über Steuerbefreiung und -nachlässen sind heute über 90 Prozent der neuzugelassenen Autos mit einem Drei-Wege-Kat ausgerüstet. Umweltbewußtsein lohnt sich in der Bundesrepublik.
- Die Industrie verzichtet ab 1995 auf Herstellung und Verbrauch von Fluorchlorkoh-

lenwasserstoffen (FCKW). Diese Vereinbarung der Bundesregierung mit der Industrie übertrifft die internationalen Absprachen bei weitem: sie sehen nur 50% weniger FCKW-Produktion bis 1999 vor. Die Bundesrepublik tut wesentlich mehr – der Ozonschicht und des Klimas zuliebe.

● Den Müllberg abtragen

- Mit Einfällen gegen Abfälle: Bundesumweltminister Klaus Töpfer stoppt die Verpackungslawine. Er hat ein Pfand für alle Getränkeverpackungen vorgeschlagen. Außerdem will er, daß die Kunden sämtliche Verpackungen nach dem Kauf im Laden lassen können. 32 Mio Tonnen Hausmüll produzieren wir im Jahr. Verpackungen machen rund 10 Mio Tonnen davon aus.

Bereits 1988 hat das Bundeskabinett, weltweit einmalig, ein Pfand für Kunststoffflaschen beschlossen – mit dem Erfolg, daß Coca Cola und Pepsi-Cola keine Einweg-Kunststoffflaschen mehr anbieten.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat unser Land auf den Weg zu einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft gebracht. Wirtschaftswachstum und Umweltschutz sind keine Gegensätze mehr.

● Seit 1982 ist das Bruttosozialprodukt um 19,7 Prozent gewachsen. Die Belastung der Luft ist dagegen zurückgegangen.

● Umweltschutz schafft Arbeitsplätze: Aufgrund der hohen Umweltschutz-Anforderungen in der Bundesrepublik hat die deutsche Industrie beträchtliche Wettbewerbsvorteile auf ausländischen Märkten. Über 500 000 Arbeitsplätze sind im Umweltbereich neu entstanden oder werden durch den Umweltschutz gesichert.

Und: Neue Aufgaben kommen mit der Sanierung der Umwelt in der DDR auf uns zu – und die Chance, ein großes Stück Umwelt für die Zukunft zu verbessern.

Mit uns für eine bessere Umwelt

CDU



Die
Zukunft

Zum Tag der Umwelt am 5. Juni

Einfälle gegen Abfälle

Die CDU ist die Partei, die den Umweltschutz maßgeblich vorangetrieben hat und die die Bundesrepublik weltweit zum Vorreiter gemacht hat.

Mit einer neuen Initiative hat sich Bundesumweltminister Klaus Töpfer an die Spitze der Bewegung gegen die Mülllawine gesetzt. Er strebt an, daß sämtliche Verpackungen von den Lieferanten zurückgenommen werden sollen und daß auf alle Getränkeverpackungen Pfand erhoben wird. Ein entsprechender Entwurf wird im Juli dem Bundeskabinett vorgelegt.

32 Mio. Tonnen Hausmüll fallen pro Jahr an. Verpackungen machen rund 10 Mio Tonnen aus. Mit politischen Entscheidungen allein läßt dieser Berg sich nicht abtragen. Jeder von uns ist gefordert. Deshalb steht der diesjährige Tag der Umwelt für die CDU auch unter dem Motto „Einfälle gegen Abfälle“. Gefragt sind Ideen, wie Abfälle vermieden, verringert, umweltfreundlich beseitigt werden können. Gefragt ist auch nach umweltfreundlichen Verpackungen: So wenig Verpackung wie möglich, so viel Verpackung wie nötig.

Aktionsvorschläge:

- Postkartenaktion „Einfälle gegen Abfälle“. Was tun Sie, um Müll zu vermeiden? Die besten Vorschläge werden veröffentlicht und prämiert.
- Wir suchen das Produkt mit der umweltfreundlichsten Verpackung — gerade soviel wie nötig.

- **Freiwillige vor:** Die CDU bittet zum Tag der Umwelt den örtlichen Handel, Verpackungen auf freiwilliger Basis bereits jetzt zurückzunehmen. Die CDU geht mit den Namen der Händler und ihrer Läden an die Öffentlichkeit.

Das praktische Sympathiewerbemittel zum Thema Umweltschutz: Die Autoabfalltüte mit dem Klebestreifen.

Sie hält (fast) überall im Wagen und nimmt jede Menge Müll auf. Klebestreifen abziehen, andrücken — einsatzbereit.

Bestell-Nr. **9118**

Mindestabnahme: 100 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 24,— DM zzgl. MwSt.



Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

WM '90



Mit WM -
Preisausschreiben

FUSSBALL-WELTMEISTERSCHAFT
ITALIEN · 8. JUNI BIS 8. JULI 1990

Die Fußballweltmeisterschaft in Italien steht unmittelbar bevor. Am Freitag, dem 8. Juni, wird das Eröffnungsspiel zwischen Argentinien und Kamerun im Meazza-Stadion in Mailand angepfiffen. Deshalb haben Sie nicht mehr viel Zeit, wenn Sie unseren Fußball-WM-Kalender noch rechtzeitig verteilen wollen.

Wie bei der letzten WM steht auch diesmal wieder in handlicher Form ein Kalender zur Verfügung, in dem sich u. a. Spielpaarungen, Termine und Fernsehzeiten finden. Fußball-Fans können die einzelnen Spielergebnisse selber in Tabellen eintragen.

Besonders wichtig: Der Einsendeschluß des Preisausschreibens auf dem Kalender, bei dem es Karten für die Bundesliga zu gewinnen gibt, ist der **7. Juli 1990**.

Der Kalender kann bei unserem **IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Vermold**, bezogen werden.

Bestell-Nr.: **2228**

Mindestbestellmenge: **250 Expl.**

Preis pro Mindestbestellmenge:
25,- DM (ohne MwSt. inkl. Versand)

UID

18/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 48,- DM, Einzelpreis 1,20 DM, **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.